

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 02.05.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:28 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Vertretung für
Frau Annette Johannes

Herr Uwe Jordan - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Carsten Lehmann - FDP

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

Herr Michael Gröger - AfD

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Herr Dieter Wichmann - Seniorenrat Braunschweig

Herr Dr. Burkhard Wiegel - Behindertenbeirat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dez. III

Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65

Herr Klaus Benschmidt - FBL 66

Frau Dr. Franziska Gromadecki - FB 66, AbtL 66.5

Herr Bernhard Teiser - Abwasserverband Braunschweig

Protokollführung

Frau Tanja Hellemann - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Annette Johannes - SPD

entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

entschuldigt

Verwaltung

Frau Michaela Springhorn - FBL 65

entschuldigt

Frau Bianca Winter - RefL 0600

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.03.2017
(öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Projekt "KlärWert" - Vorstellung durch den Abwasserverband
- 3.2 Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der ALBA Braunschweig GmbH für das Jahr 2016 17-04264
- 3.3 Breitbandinfrastruktur der Stadt Braunschweig 17-04440
- 3.4 Darstellung der Förderanträge des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement 17-04433
- 3.5 Mündliche Mitteilungen
- 4 Siebente Satzung zur Änderung der Satzung über die Sonder-nutzung an Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten in der Stadt Braunschweig (Sondernutzungssatzung) 16-03434
- 5 Erneuerung des Betriebsführungsvertrages zwischen dem Abwasserverband Braunschweig und der Stadt über den Betrieb des Klärwerks in Steinhof 17-04139
- 6 Aktualisierung der Genehmigungssituation für die Deponie Watenbüttel 16-02196
- 7 Umbau und Erweiterungsbau an der Berufsbildenden Schule V am Standort Kastanienallee 71, 38102 Braunschweig
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04107
- 8 Grundschule Lehdorf, Sporthalle
Erneuerung Unterdecke
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04370
- 9 Sporthalle Naumburgstr. 16
Erneuerung Unterdecke und Einbau Deckenstrahlheizung
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04371
- 10 GS Heidberg, Dresdenstr. 139, 38124 Braunschweig
Erweiterung der vorhandenen Hausalarmanlage, elektro-akustisches Notfallwarnsystem und Amokalarmanlage
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04364

11	Anträge	
11.1	Wiedereinsetzung des Baustellenfonds für besondere Bauprojekte der Stadt Braunschweig	17-04258
11.1.1	Änderungsantrag zum CDU-Antrag „Wiedereinrichtung eines Baustellenfonds...“ DS 17-04258	17-04301
11.1.2	Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt „Wiedereinsetzung des Baustellenfonds für besondere Bauprojekte der Stadt Braunschweig“	17-04458
12	Anfragen	
12.1	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.03.2017 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

3. Mitteilungen

3.1. Projekt "KlärWert" - Vorstellung durch den Abwasserverband

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster begrüßt zu diesem TOP Herrn Teiser vom Abwasserverband Braunschweig.

Protokollnotiz: Ratsherr Lehmann nimmt ab 15:03 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Teiser stellt das Projekt „KlärWert“ anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt.

Ratsherr Köster regt für 2019 einen Ortstermin zur Besichtigung der Anlage nach Fertigstellung an.

Herr Teiser beantwortet verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder und berichtet zu andernorts bereits bestehenden Anlagen und den dortigen guten Erfahrungen. Neuartig sei die Kombination der Einzelkomponenten MAP-Fällung, Thermodruckhydrolyse und Ammoniak-Strippung. Hierdurch würden Synergieeffekte im Verfahren erzielt.

Ratsherr Sommerfeld spricht die Themen ‚Überschreitung des Phosphorgrenzwerts‘ und ‚Verschlammung der Rieselfelder‘ an. Herr Teiser führt aus, dass mit der neuen Anlage von einer deutlichen Reduzierung des Phosphor-Austrags aus der Kläranlage auszugehen sei. Die Entschlammung des Speicherteichs sei für Sommer 2017 vorgesehen.

Bürgermitglied Steinert fragt, ob durch die neue Anlage langfristig eine Reduzierung der Abwassergebühren erwartet werden könne. Herr Teiser stellt die finanziellen Zusammenhänge dar. Erlöse, die zu einer nennenswerten Gebührenreduzierung führen könnten, seien nicht zu erwarten.

3.2. Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der ALBA Braunschweig GmbH für das Jahr 2016

17-04264

Ratsherr Kühn bemängelt, dass die Anlagen der Mitteilung nicht beigelegt seien. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass diese aufgrund ihrer Größe im Fraktionsordner in der Zentralen Ablage elektronisch eingestellt seien. Bürgermitglied Gaus gibt ein gedrucktes Exemplar der Berichte in Umlauf und bietet an, den Fraktionen bei Bedarf Exemplare zur Verfügung zu stellen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Breitbandinfrastruktur der Stadt Braunschweig

17-04440

Ratsherr Köster fragt nach dem Einsatz der Glasfaser-Technik. Stadtbaurat Leuer verweist auf die äußerst schnelllebige technische Entwicklung im Breitband-Bereich. Mit der angewendeten Vectoring-Technik seien für Braunschweig gute Lösungen erzielt worden. Gleichzeitig werde weiter daran gearbeitet, entsprechend der technischen Entwicklung noch weitere Verbesserungen zu erreichen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dobberphul bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass die Versorgung mit schnellem Internet in alle Städtebaulichen Verträge aufgenommen werde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.4. Darstellung der Förderanträge des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement

17-04433

Herr Eckermann erläutert, dass es sich um Förderungen des Bundesumweltministeriums handelt und stellt die Förderkriterien sowie die Maßnahmenauswahl dar.

Ratsherr Sommerfeld bittet zu gegebener Zeit um Mitteilung der tatsächlich bewilligten und umgesetzten Fördermittel.

Ratsherr Manlik hinterfragt die Höhe der Kosten für den Beleuchtungsaustausch. Eine konkrete Aufschlüsselung der einzelnen Kostenpositionen wird im Rahmen des Protokolls nachgereicht.

Protokollnotiz:

In der beigelegten Anlage sind alle Plankosten aufgeteilt nach Material-, Regelungs- und Lohnkosten dargestellt. Mit Ausnahme der WE 00024 - Altstadttrathaus - und der WE 00424 - Kulturpunkt West - belaufen sich die Kosten pro Leuchte inkl. Montage im Mittel auf etwa 850 €. Zudem ist jeweils eine Regelungstechnik pro Anlage in Höhe von etwa 1.900 € zu berücksichtigen.

Die scheinbar hohen Kosten beruhen in den Sporthallen in erster Linie auf einem neuen erhöhten Beleuchtungsstandard nach aktueller Normung (Vereinssportstättenrichtlinie), einem höheren Installationsaufwand aufgrund der Einbauhöhe, der geforderten und energetisch sinnvollen Dimmbarkeit bzw. Stufigkeit der Beleuchtung sowie einer ballwurfsicheren Ausführung. Im Fall der Sporthalle Naumburgstraße muss die Boxring-Beleuchtung stark erhöhten Beleuchtungsanforderungen genügen (1.000 Lux statt 750 Lux).

Der Förderantrag für die Sanierung im Altstadttrathaus - WE 00024 - musste zurückgezogen werden, da der Ersatz bzw. die Erneuerung der teilweise vorhandenen Effektbeleuchtung sich nicht mit der vom Fördergeber vorausgesetzten Mindestamortisationszeit von maximal 20 Jahren vereinbaren lässt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.5. Mündliche Mitteilungen

Herr Benschmidt teilt zum Hinweis von Ratsherrn Bader aus der Bauausschuss-Sitzung vom 07. Februar 2017 mit, dass die Markierungen der Zebrastreifen am Theater erneuert worden seien.

4. Siebente Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten in der Stadt Braunschweig (Sondernutzungssatzung) 16-03434

Stadtbaurat Leuer begründet Anlass, Intention und Inhalt der vorgeschlagenen Satzungsänderung.

Ratsherr Köster betont für die CDU-Fraktion die besondere Bedeutung des Schlossplatzes; die Genehmigung von Imbiss- und Verpflegungsständen solle auch künftig sehr restriktiv erfolgen.

Die Ausschussmitglieder erörtern die Regelungsinhalte des neuen § 6 b der Satzung und hinterfragen dessen Notwendigkeit. Ratsherr Sommerfeld plädiert für eine Gleichstellung des Schlossplatzes mit den anderen innerstädtischen Plätzen mit Ausnahme des Burgplatzes.

Stadtbaurat Leuer stellt die Rechts- und Verfahrenslage sowie die Anwendungsmöglichkeiten der bisherigen und der Neuregelung dar, geht auf den Unterschied von Versammlungen und Sondernutzungen ein und führt zu den Besonderheiten von Burgplatz und Schlossplatz aus. Aus Sicht der Verwaltung sei die vorgeschlagene Änderung der Sondernutzungssatzung notwendig und sinnvoll.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die siebente Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

5. Erneuerung des Betriebsführungsvertrages zwischen dem Abwasserverband Braunschweig und der Stadt über den Betrieb des Klärwerks in Steinhof 17-04139

Ratsherr Köster kritisiert die zahlreichen Fremdwörter und Fachbegriffe und bittet in entsprechenden Fällen um Beifügung eines Glossars.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass es sich bei der neuen Vertragsgestaltung um die Zusammenführung und Bündelung verschiedener Anlagen und Einzelregelungen im Sinne einer Vereinheitlichung und übersichtlicheren Anwendung handele.

Frau Dr. Gromadecki stellt die Vertragsinhalte zusammengefasst vor.

Ratsherr Kühn begrüßt die Vorgehensweise und fragt nach dem Kontrollgremium für die Mess- und Probenergebnisse. Frau Dr. Gromadecki führt zur Eigenüberwachung und Dokumentation aus. Die Stadt erhalte die Datenauswertungen regelmäßig über die Quartalsberichte der SE|BS. Auch der Abwasserverband werde informiert. Aufsichtsbehörde sei das NLWKN (Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz). Herr Teiser ergänzt, dass über die erteilten Verrechnungs- und Einleitungserlaubnisse zudem eine Kontrolle durch die Wasserbehörde der Stadt erfolge.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass jede erzielte Klarheit und bessere Nachprüfbarkeit vom Grundsatz her positiv sei. Er bittet unter Bezug auf den angeführten Schriftverkehr um Darstellung der Regelungen des alten Vertrags sowie der Ergebnisse der erfolgten Gespräche und Schriftwechsel der vergangenen Jahre, um eine Vergleichbarkeit zum jetzigen Stand als Beurteilungsgrundlage zu haben. Er hinterfragt weiterhin das Verfahren und die Zuständigkeiten bei Nicht-Einigung der Beteiligten und bittet um Erläuterung zur konkreten Regelung der Kapitalkosten.

Frau Dr. Gromadecki erklärt, dass die Kapitalkosten über die Investitionen und Abschreibungen im Wirtschaftsplan des Abwasserverbands dargestellt seien. Die Stadt verfüge in den Gremien des Verbands sowohl im Vorstand als auch im Ausschuss und damit auch im Streitfall über die Mehrheit. Die in den Betriebsführungsvertrag eingeflossenen Regelungen seien im beschlossenen Abwasserentsorgungsvertrag und dessen Anlagen enthalten, dies betreffe insbesondere auch den damaligen Betriebsführungsvertrag, dessen Ergänzungen und den entsprechenden Schriftverkehr. Der von Ratsherrn Sommerfeld benannte Schriftverkehr beziehe sich nicht auf die letzten 11 Jahre, sondern auf die umfangreichen Abstimmungen im Zuge der Erarbeitung des nunmehr vorliegenden neuen Vertragstextes.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass seine Fragen damit beantwortet seien.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Keller erläutert Frau Dr. Gromadecki, dass die Vertragslaufzeit des Betriebsführungsvertrags bis 31. Dezember 2035 an die Laufzeit des Abwasserentsorgungsvertrags angepasst sei.

Beschluss (Empfehlung an den Verwaltungsausschuss):

„Der als Anlage beigefügte Betriebsführungsvertrag für das Klärwerk in Steinhof zwischen dem Abwasserverband Braunschweig und der Stadt Braunschweig wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

6. Aktualisierung der Genehmigungssituation für die Deponie Watenbüttel

16-02196

Stadtbaurat Leuer fasst die Inhalte der Vorlage zusammen und beantwortet verschiedene Einzelfragen der Ausschussmitglieder. Das eingelagerte Material stamme aus dem Stadtgebiet Braunschweig.

Ratsherr Köster bittet, dass dem Bauausschuss im 2. Halbjahr 2017 eine Gesamt-Mitteilung zum Thema Deponie vorgelegt werde.

Beschluss (Empfehlung an den Verwaltungsausschuss):

„Für die Änderung der Deponieabdichtung zu einer multifunktionalen Abdichtung ist die notwendige Änderungsanzeige beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt einzureichen.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

7. Umbau und Erweiterungsbau an der Berufsbildenden Schule V am Standort Kastanienallee 71, 38102 Braunschweig Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04107

Stadtbaurat Leuer erläutert die einzelnen Bestandteile des Beschluss-Vorschlags und der Kostenfeststellung.

Herr Eckermann stellt das Investitionsvorhaben und die verschiedenen Maßnahmen vor.

Ratsherr Jordan fragt nach der Parkplatz-Bilanz. Herr Eckermann erläutert, dass die durch den Erweiterungsbau baurechtlich zusätzlich erforderlichen Einstellplätze auf dem Gelände untergebracht werden können.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko bestätigt Herr Eckermann, dass auch Fahrradständer, entsprechend dem Stand der Technik, eingerichtet werden.

Ratsherr Kühn bemängelt, dass der Vorlage nicht wie sonst die Pläne / Skizzen des Bauvorhabens beigelegt seien.

Ratsherr Manlik spricht die hohen Baunebenkosten, insbesondere bei den Architekten-/Ingenieurleistungen und den Bauherrn-/Baubetreuungsaufgaben an. Er regt an, sich dafür einzusetzen, dass die HOAI für öffentliche Bauten geändert werde. Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass der Verwaltung hier kaum Spielräume verbleiben. Zudem sei zu berücksichtigen, dass in Braunschweig im Vergleich zu den meisten anderen Kommunen auch die entsprechenden Personalkosten des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement über die Bauherrn-/Baubetreuungsaufgaben abgebildet werden.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 30.01.2017 zugestimmt.“

Die Gesamtkosten für Abriss und Umbauten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 01.03.2017 auf 549.600 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.

Die Gesamtkosten für die Brandschutzertüchtigungen und WC-Sanierung im Gebäude E werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 01.03.2017 auf 363.900 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.

Die Gesamtkosten für die Außenanlagen werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 01.03.2017 auf 1.022.200 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.

Die Gesamtkosten für die vorgezogenen Umbauten im Bestand werden auf Grundlage der

Kostenberechnung vom 01.03.2017 auf 438.570 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.

Die Gesamtkosten für die Erweiterung werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 01.03.2017 auf 5.325.730 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt."

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

8. Grundschule Lehndorf, Sporthalle 17-04370
Erneuerung Unterdecke
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Stadtbaurat Leuer informiert, dass neben den aufgrund der Kostenhöhe beschlusspflichtigen Unterdecken der Grundschule Lehndorf / Sporthalle und der Sporthalle Naumburgstraße (17-04371, TOP 9) auch die Unterdecken der Schulen / Sporthallen Bültenweg, Lindenberg-siedlung, John-F.-Kennedy-Platz und Oswald-Berkhan-Schule bearbeitet werden.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Labitzke-Hermann verlässt um 16:41 Uhr die Sitzung.

Stadtbaurat Leuer stellt das Bauvorhaben in der Grundschule Lehndorf / Sporthalle vor.

Beschluss:

„Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 10.03.2017 zugestimmt.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 05.04.2017 auf insgesamt 377.300 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt."

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

9. Sporthalle Naumburgstr. 16 17-04371
Erneuerung Unterdecke und Einbau Deckenstrahlheizung
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Stadtbaurat Leuer stellt das Bauvorhaben vor.

Beschluss:

„Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 10.03.2017 zugestimmt.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 05.04.2017 auf insgesamt 1.131.130 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt."

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

**10. GS Heidberg, Dresdenstr. 139, 38124 Braunschweig
Erweiterung der vorhandenen Hausalarmanlage, elektro-akustisches Notfallwarnsystem und Amokalarmanlage
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

17-04364

Stadtbaurat Leuer stellt das Investitionsvorhaben vor.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 06.02.2017 zugestimmt.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 22.03.2017 auf insgesamt 325.600 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

11. Anträge

11.1. Wiedereinsetzung des Baustellenfonds für besondere Bauprojekte der Stadt Braunschweig

17-04258

Ratsfrau Keller bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit den Änderungsanträgen 17-04301 (TOP 11.1.1) und 17-04458 (TOP 11.1.2).

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die Verwaltung wird gebeten, in Bezug auf den Ausbau des Straßenbahnnetzes in Braunschweig (gemäß Straßenbauausbaukonzept) rechtzeitig vor Baubeginn eine Vorlage zur Wiedereinrichtung eines Baustellenfonds zu erarbeiten und dem Rat der Stadt Braunschweig über seine Ausschüsse zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

- keine Abstimmung -

(aufgrund Abstimmungsergebnis (mehrheitliche Annahme) Änderungsantrag 17-04458 (TOP 11.1.2))

11.1.1. Änderungsantrag zum CDU-Antrag „Wiedereinrichtung eines Baustellenfonds...“ DS 17-04258

17-04301

Ratsfrau Jalyschko bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Antrag 17-04258 (TOP 11.1) und dem Änderungsantrag 17-04458 (TOP 11.1.2).

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die Verwaltung wird gebeten, in Bezug auf den Ausbau des Straßenbahnnetzes in Braunschweig (gemäß Straßenbauausbaukonzept) rechtzeitig vor Baubeginn eine Vorlage zur Wiedereinrichtung eines Baustellenfonds zu erarbeiten und dem Rat der Stadt Braunschweig über seine Ausschüsse zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Fonds soll dazu dienen, Be-

triebe, die von Straßenbaumaßnahmen übermäßig betroffen sind, vor einer daraus resultierenden Insolvenz zu schützen.“

Abstimmungsergebnis:

- keine Abstimmung -

(aufgrund Abstimmungsergebnis (mehrheitliche Annahme) Änderungsantrag 17-04458 (TOP 11.1.2))

11.1.2. Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt „Wiedereinsetzung des Baustellenfonds für besondere Bauprojekte der Stadt Braunschweig“ 17-04458

Ratsherr Kühn bringt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein.

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Antrag 17-04258 (TOP 11.1) und dem Änderungsantrag 17-04301 (TOP 11.1.1).

Ratsherr Manlik und Ratsfrau Keller plädieren für eine jetzige Wiedereinrichtung und Vorhaltung des Baustellenfonds, damit für den Bedarfsfall bereits Vorkehrungen getroffen seien und ein entsprechendes Regularium zur Verfügung stehe. Gerade für kleine, inhabergeführte Geschäfte gehe hiervon eine wichtige Signalwirkung aus.

Bürgermitglied Steinert erklärt, dass er das Signal der Stadt, im Bedarfsfall entsprechende Hilfen aufzulegen, zunächst für ausreichend erachte. Es sollten keine Begehrlichkeiten geweckt werden. Eine pauschale Bedarfskalkulation im Voraus sehe er kritisch. Aus seiner Sicht sollte dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion gefolgt werden.

Ratsherr Köster nimmt Bezug auf das Bauprogramm 2017 und bittet die Verwaltung um Darstellung der Baumaßnahmen, bei denen ein Baustellenfond ggf. Anwendung finden würde. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass hierfür die Helmstedter Straße und der Ägidienmarkt in Betracht kämen. Grundsätzlich müsse es sich um herausgehobene Maßnahmen mit einer entsprechenden Betroffenheit von Geschäften handeln. Die Vielzahl kleinerer Baumaßnahmen sei nicht fond-relevant.

Ratsherr Kühn stellt heraus, dass vom Grundsatz her die Einrichtung eines Baustellenfonds gewollt sei; die einzelnen Anträge bildeten verschiedene Vorgehensweisen hierzu ab. Er weist darauf hin, dass bei Baumaßnahmen generell versucht werde, die Beeinträchtigungen, auch für die betroffenen Geschäfte, so gering wie möglich zu halten. In Fällen, in denen dies nicht möglich sei, könne über einen Baustellenfond Unterstützung geleistet werden. Ein entsprechender Fond solle im konkreten Bedarfsfall eingerichtet werden.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und zu welchem Zeitraum es während des Ausbaus des Stadtbahnnetzes in Braunschweig (gemäß Stadtbahnausbaukonzept) notwendig erscheinen könnte, einen sogenannten Baustellenfonds einzurichten, um anliegende und durch die Baumaßnahmen betroffene Gewerbebetriebe finanziell zu unterstützen. Hierbei gilt es auch zu prüfen, welches Volumen ein solcher Fonds aufweisen müsste, um tatsächlich die Existenz der anliegenden Gewerbebetriebe sicherstellen zu können.“

Abstimmungsergebnis:

5 / 4 / 1

12. Anfragen

12.1. Mündliche Anfragen

12.1.1. Ratsherr Manlik schildert eine für Pfingsten 2018 in Braunschweig geplante Veranstaltung des GLAS Automobilclubs. Der Vorsitzende habe die Stadt bzgl. der Machbarkeit bzw. Genehmigung angeschrieben, jedoch noch keine Antwort erhalten. Die Verwaltung wird der Angelegenheit nachgehen.

Protokollnotiz: Ratsherr Jordan, Ratsherr Bader und Ratsherr Sommerfeld verlassen um 17:07 Uhr bzw. 17:08 Uhr die Sitzung.

12.1.2. Ratsherr Manlik gibt den Hinweis eines Taxifahrers auf die unterschiedlichen Betriebszeiten der Taxi-Stände in der Innenstadt und den Vorschlag auf Vereinheitlichung weiter. Herr Benscheidt erklärt, dass die Verwaltung den Sachverhalt prüfen und mit dem Taxi-Gewerbe insgesamt abstimmen werde.

12.1.3. Ratsherr Manlik nimmt Bezug auf die baustellenbedingte Verlegung der Taxi-Stände von der Amalienstraße auf die Celler Straße. Die Taxi-Fahrer würden diese Regelung gerne dauerhaft beibehalten. Herr Benscheidt erklärt, dass die Verwaltung dies prüfen und mit dem Taxi-Gewerbe insgesamt abstimmen werde.

12.1.4. Ratsherr Manlik fragt nach der Umsetzung der Verlängerung des Taxi-Stands vor der VW-Halle. Herr Benscheidt berichtet zum Sachstand. Die Maßnahme werde derzeit nicht prioritär verfolgt und sei bisher auch noch nicht finanziert.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Gröger verlässt um 17:14 Uhr die Sitzung.

12.1.5. Ratsherr Manlik schildert, dass ein Club für Modellautos bisher regelmäßig Tauschbörsen im Keller der Raabeschule veranstalten konnte. Dies solle nun, vermutlich aus Brandschutzgründen, nicht mehr möglich sein. Ratsherr Manlik bittet, sich des Themas anzunehmen, insbesondere warum entsprechende Veranstaltungen in anderen Städten in vergleichbaren Räumlichkeiten und Schulen weiterhin möglich seien, in Braunschweig jedoch nicht. Vor dem Hintergrund der jahrelangen Genehmigungspraxis sollten dem Club zudem alternative Möglichkeiten bzw. andere Ausstellungsräume aufgezeigt werden.

Herr Eckermann verweist auf die im Vergleich zu früheren Jahren restriktivere Auslegung der betreffenden Vorschriften und erläutert, dass jede Räumlichkeit individuell zu betrachten sei. Bzgl. des geschilderten Falls müsse der Gesamtsachverhalt eruiert werden.

12.1.6. Bürgermitglied Steinert fragt, ob das Projekt RegioStadtBahn noch weiterverfolgt werde, da in diesem Zusammenhang auch die Umlaufsperrren im Bereich Forststraße erneuert werden sollten. Diese seien in einem desolaten und nicht mehr zeitgemäßen Zustand. Herr Benscheidt erklärt, dass das Projekt RegioStadtBahn zurzeit vom Regionalverband nicht verfolgt werde. Ansprechpartner für den von Bürgermitglied Steinert geschilderten Sachverhalt wäre der jeweilige Gleisbetreiber. Die Verwaltung wird das Anliegen entsprechend weiterleiten.

12.1.7. Ratsherr Dobberphul fragt, ob nicht ein direkter Fußgängerüberweg vom Steinweg zum Theater eingerichtet werden könnte. Herr Benscheidt erklärt, dass dies bereits geprüft worden sei. Die Errichtung von Zebrastreifen in beliebiger Anzahl hintereinander sei nicht zulässig und hinsichtlich deren Akzeptanz und Wirkung auch kontraproduktiv. An den Standorten der vorhandenen Zebrastreifen sollte festgehalten werden, da sich diese als sinnvoll

erwiesen hätten.

12.1.8. Ratsherr Dobberphul weist auf zwei noch fehlende Stellen zur durchgängigen Befahrbarkeit des Cityrings für den Radverkehr hin. Am Friedrich-Wilhelm-Platz bestehe keine erlaubte Möglichkeit, nach rechts abzubiegen; ggf. könnte hier für den Radverkehr eine Einfahrt-Regelung zugelassen werden. Weiterhin wäre zu überlegen, ob vom Papenstieg in Richtung Rathaus der Fußweg für den Radverkehr freigegeben werden könnte. Die Verwaltung wird die Anregungen prüfen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Keller verlässt um 17:24 Uhr die Sitzung.

12.1.9. Herr Dr. Wiegel fragt nach der Betriebsgenehmigung bzw. der Genehmigungslage für das Universum-Kino. Ihn würden verstärkt Beschwerden bzgl. der fehlenden barrierefreien Zugänglichkeit erreichen. Herr Eckermann wird den Sachverhalt an den Fachbereich Bauordnung weiterleiten; von dort werde sich mit Herrn Dr. Wiegel in Verbindung gesetzt.

12.1.10. Ratsherr Köster spricht die noch vorhandenen Baken in der Friedrich-Wilhelm-Straße / Leopoldstraße an. Herr Benseidit erläutert, dass die sich nah an den Gleisen befindenden Poller noch nicht gesetzt seien; hierzu liefen derzeit noch Abstimmungen zwischen der Verkehrs-GmbH und der Technischen Aufsichtsbehörde. Sobald alle Poller installiert seien, werden die Baken entfernt.

12.1.11. Ratsherr Köster fragt nach der Klärung mit dem ADFC bzgl. der Erreichbarkeit des Ägidienmarktes. Herr Benseidit berichtet, dass ein Klärungstermin vor Ort stattgefunden habe und schildert die zur Umsetzung kommende Gestaltung.

12.1.12. Ratsherr Köster erinnert an das Thema Notfallbänke am Mittellandkanal und nimmt Bezug auf die entsprechenden Einrichtungen am Maschsee in Hannover.

12.1.13. Ratsherr Köster erinnert an den Hinweis von Bürgermitglied Nordheim aus der letzten Bauausschuss-Sitzung bzgl. der Ampelphasen auf dem Bohlweg. Herr Benseidit teilt als Zwischenstand mit, dass sich der Optimierungsbedarf bestätigt habe und derzeit eine Nachsteuerung erfolge. Die Verwaltung werde abschließend berichten.

Die Sitzung endet um 17:28 Uhr.

gez. Köster

- Vorsitz -

gez. Leuer

- Stadtbaurat -

gez. Hellemann

- Schriftführung -